

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Zur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Provinz bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich einmaliger Bestellung monatlich 25,- M., vierteljährlich 75,- M., halbjährlich 125,- M., jährlich 225,- M. (Post- und Transportgebühren, Einlagen unter Stellen u. Wohnungsanzeigen, Inserate, Anzeigen und Inserate, Anzeigen gegen Vorzusatz, Einzelnummer 1,20, Sonntagsausgabe 2 M.)

Abnahme und Anzeigenpreise:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Telefon-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlegers („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schokolade
Deutschmeister
wirdlich
hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

BANKHAUS
HERMANN SCHULZ,
Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher:
14025, 14034, 14038 **12 Schreiberbergasse 12** Fernverkehr 20804
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Belvedere Hotel u. Kaffee **Blesch**
Brühlsche Terrasse 4-7 Uhr: Konzert
Kleinkunstbühne 8-12 Uhr: Heitere Künstlerabende
4 Uhr Täglich 8 Uhr Weinrestaurant — Bar
Große Heinz-Orchester-Konzerte Frühstückstube

Abgang der deutschen Antwort nach Paris.

Einigung im Kabinett.

Abschluss der Beratungen des Außenaußenbüros.
Berlin, 27. Mai. Die aus den Pariser Besprechungen sich ergebende Note an die Reparationskommission wird morgen durch Kurier nach Paris abgehen und am Montag der Reparationskommission übergeben werden.

Die Einigung ist in der Kabinettsitzung, zu der die Minister am Sonntagabend um 4 Uhr zusammentraten, erfolgt. Um 5 Uhr wurden die Führer der Koalitionsparteien empfangen und um 6 Uhr endlich trat

Der Auswärtige Ausschuss

zusammen. Hier wurde nach dem amtlichen Bericht in einer vier Stunden langen Sitzung das gesamte Reparationsproblem durchgesprochen. Der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister ergriffen zu verschiedenen Malen das Wort. Von den Abgeordneten sprachen Helfferich für die Deutschnationalen, Becker (Hessen) und Stinnes für die Deutsche Volkspartei, Dr. Zerubbign für die Demokraten, Marx für das Zentrum, Müller (Brandenburg) für die Reichsbannerpartei, Grippen für die Unabhängigen und Emminger für die Bauernische Volkspartei.

In der Aussprache wurden, wie der „Berl. Volksanz.“ berichtet, die Verhandlungen innerhalb des Kabinetts vom Reichskanzler mit seinem Worte angeleitet. Becker (Hessen) lehnte die Pariser Vorschläge scharf ab. Auch der Vertreter der Bauernischen Volkspartei Emminger sprach sich — wenn auch nicht in so scharfer Weise — ablehnend aus. Stinnes machte seine Ausführungen nicht als Parteipolitiker, sondern als Sprecher der nationalen Wirtschaft. Er beschäftigte sich sehr eingehend mit der Frage der Besserung niedriger Markkurse und hob hervor, daß diese Besserung noch lange nicht mit Stabilisierung identisch sei. Nach seiner Ansicht würde eine sofortige Besserung des Markkurses eine

katastrophale Erhöhung der Arbeitslosigkeit in Deutschland bedeuten. Wenn die Markkurse gebessert werden sollte, sei eine Banknote unbedingte erforderlich, so daß die Erhöhung des Reichsmarkwertes nicht plötzlich, sondern allmählich und schrittweise erfolge. Deutschland müsse einen geeigneten Zeitpunkt abwarten, damit katastrophale Folgen für die deutsche Wirtschaft vermieden würden.

Reichswirtschaftsminister Schmidt machte in seinen Ausführungen die alten Gegenargumente geltend. Er sprach von Interessenpolitik und malte für den Fall der Ablehnung der Pariser Vorschläge das Gepein der Ruhrbesetzung an die Wand. Es hatte den Anschein, als ob der Reichskanzler die Einwände von Hugo Stinnes voll anerkenne.

Im Mittelpunkt aller Erörterungen im Auswärtigen Ausschuss stand aber die Frage, ob als Abschluß der großen politischen Aussprache im Plenum des Reichstages die Vertrauensfrage unter Einbeziehung der Pariser Vorschläge gestellt werden solle. In parlamentarischen Kreisen hält man es nach dem Verlauf der Aussprache für sehr wohl denkbar, daß es nicht dazu kommt. Dagegen wird nach wie vor mit der Einbringung eines deutschnationalen Misstrauensvotums gerechnet. In später Abendstunden wurde die Sitzung auf Sonntag vormittag verlegt.

Stegerwald über die Stellung der Beamten zu Staat und Volk.

Gen., 28. Mai. In einer kraftvollen nationalen Kundgebung gestaltete sich die heutige Eröffnung des ersten Kongresses des Gesamtverbandes deutscher Beamten- und Staatsangehörigen-Gewerkschaften im hiesigen Städtischen Saalbau, dessen großer Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Ministerpräsident a. D. Stegerwald sprach über die Stellung des Beamten zu Staat und Volk und führte dabei unter anderem aus:

Das Beamtenamt blieb während der großen Umwälzungen der letzten Jahre vollständig passiv, wenn es auch in gewohnter Pflichttreue seine Arbeit versah. Ein kleiner Teil der Beamten verstand es, die Freiheiten der Revolution zu mißbrauchen und das führte zu den unerhörten Folgen und zu einer Gefahr für Staat und Volk. Die gegenwärtigen Vorgänge im Beamtenlager sind nun der allergrößten staatspolitischen Bedeutung. Der Streik der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten machte die Frage des Streikrechts der Staatsbeamten brennend. Den Staatsbeamten (Verwaltungsbekleideten, Eisenbahnbeamten, Justizbeamten, Polizei, auch Schul- (Lehrern) kann selbstverständlich kein Streikrecht zugesprochen werden. Anders liegt es bei den Beamten der wirtschaftlichen Unternehmungen des Reiches, insbesondere der Eisenbahn und der Post. Wird diesen Beamten ein Streikrecht verweigert, so muß ihnen ein Äquivalent geboten werden durch ein einheitliches Schlichtungsgesetz, in das die Beamten einbezogen werden. Ferner ist es notwendig, daß die große Masse der Beamten und Staatsangehörigen in ein positives Verhältnis zum Staat und zur Volksgemeinschaft gebracht wird. Ohne jede Befähigungsgemeinschaft, nur aufgeschaut auf Standesegoismus und materiellen Tagesgenuß, bilden zentrale Organisationen eine Gefahr für

Die Sonntagssitzung.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages behandelte am Sonntag in mehr als fünfstündiger Sitzung die Konferenz von Genua und den Rapallovertrag. Nach eingehender Berichterstattung durch den Reichsaußenminister Dr. Rathenau äußerten sich dazu die Abgeordneten (H. Sog.) und Bernheim (Sog.), Dr. Goesch (D.N.), Marx (Z.), Daus (D. Sp.), v. Rheinbaben (D. Sp.), v. Grelch (D.N.) und Helfferich (D.N.). Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Da der Auswärtige Ausschuss seine Beratungen somit zum Abschluß gebracht hat, wird die Plenarsitzung des Reichstages am Montag um 1 Uhr beginnen. (S. L. B.)

Eine deutsch-französische Annäherung in der Reparationsfrage?

Paris, 28. Mai. Den beiden in Paris erscheinenden amerikanischen Blättern zufolge wird der amerikanische Antichain-Ausschuss die Zeit bis zum 31. Mai durch inoffizielle Sitzungen ausfüllen. Eine mit dem Antichain-Ausschuss in Verbindung stehende amerikanische Persönlichkeit erklärte gestern einem Mitarbeiter des „New York Herald“, jede Anleihe sei im besten Falle eine Angelegenheit, die sehr lange Zeit erfordere. Die Welt sollte sich nicht durch einen durch die Anwesenheit Morgans in Paris erweckten Optimismus irreführen lassen. Offenbar sei für ein Unternehmen solcher Art die Zeit noch nicht reif. Andererseits läge — und auch der Ausschuss sei sich in den letzten Tagen darüber klar geworden — Ursache zu einem Optimismus vor, der sich auf eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland in der Reparationsfrage im Allgemeinen gründe. (S. L. B.)

Die Einladung nach dem Haag.

Haag, 28. Mai. Die Einladungen zu der Konferenz im Haag sind nunmehr vom Präsidenten der Konferenz von Genua in Uebereinstimmung mit der niederländischen Regierung verhandelt worden. Diesen Einladungen zufolge sollen am 28. Juni im Haag zwei Kommissionen zusammentreten. Die eine soll aus Sachverständigen der Staaten bestehen, die an der Konferenz von Genua teilgenommen haben, mit Ausnahme von Rußland und Deutschland. Die andere Kommission soll nur aus russischen Sachverständigen bestehen. Am 15. Juni sollen außerdem im Haag je zwei Delegationen der in Genua vertretenen gemessenen Nationen zusammentreten, ebenfalls mit Ausnahme Rußlands und Deutschlands. Diese Delegationen werden von einer beschränkten Anzahl Sachverständiger begleitet sein.

Die Ministerzusammenkunft in London.

London, 28. Mai. Der Londoner Besuch des italienischen Außenministers Schanzer wird voraussichtlich mit dem Besuch Poincarés zusammenfallen. Lord George hat den Wunsch geäußert, daß an den Besprechungen mit Poincaré auch Italiener teilnehmen solle. Die Politik der englischen Regierung und ihre Haltung in den Hauptfragen, die jetzt an der Tagesordnung sind, ist so eng verknüpft mit der Haltung der römischen Regierung, daß die Teilnahme Italiens an den englisch-französischen Besprechungen von Lord George als eine Selbstverständlichkeit betrachtet werde.

Staat und Volk. Beamtenschaft und Volk müssen sich an einer Gemeinschaft zusammenschließen, und diese Aufgabe können nur Organisationslösen, die neben einer zielklaren Interessenpolitik in staatsbürgerlichem Sinne sich in ihrem Verhältnis zur Volksgemeinschaft positiv einstellen.

Der Redner ging dann auf spezielle Fragen des Beamtenamtes ein. Den Beamten müsse es ermöglicht werden, unabhängig und unbedenklich ihre Pflicht zu tun. Dem Beamten muß außerdem wieder ein Teil seiner ehemaligen Ehrenstellung eingeräumt werden. Beamte und Volk müssen sich gemeinschaftlich dessen bewußt werden, daß es eine Ehre ist, als Diener der Volksgemeinschaft tätig zu sein, wozu nicht jeder hohle Schreier und moralisch minderwertige Mensch zugelassen werden kann. Schließlich müssen die Beamten die Selbsthilfe pflegen.

Zum Schluß führte der Redner aus, daß es ein fundamentaler Irrtum sei, die politischen Fragen nur unter innerdeutschem Gesichtspunkt zu behandeln. Durch den Friedensvertrag von Versailles ist das deutsche Volk in seinen Entschlüssen gebunden. In einem wirklichen Wiederaufbau, an eine wirkliche Gesundung des deutschen Wirtschafts- und Volksebens ist so lange nicht zu denken, wie dieser Vertrag jede selbständige Regung des deutschen Volkes hemmt und erdrückt. Alle Arbeit erhält nur Wert im Hinblick darauf, daß der Tag kommen muß, an dem dieser Vertrag, angebandt auf der Pflanz von der Schuld Deutschlands, zusammenbricht. Ein wirklicher Völkerverbund wird nur möglich sein in dem Augenblick, in dem alle anderen Nationen dem deutschen Volke das Recht zugesprochen, sein Leben so zu gestalten, wie es seiner Eigenart entspricht. Ein wirtschaftlicher Aufstieg aus der Beamtenenschaft ist nur möglich durch die restlose Befolgung der drückenden Fesseln des Friedensvertrages. Volk und Beamte, Volk und Staatsbedienstete müssen in gemeinsamer harter Arbeit für eine bessere Zukunft des deutschen Volkes sorgen. (S. L. B.)

Aus den deutschen Archiven.

Bismarcks Nachkriegspolitik. — Wie Deutschland nach 1871

Der erste Band des großen Werkes über die Aften des Auswärtigen Amtes, der bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin, erscheint, behandelt die Nachkriegspolitik Bismarcks bis zum Jahre 1877. Die Herausgeber Dr. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Dr. Lepsius und Dr. Lohme haben sich natürlich auf eine Auswahl aus dem überreichen Stoff beschränken müssen, aber sie haben ihre Aufgabe darin, lediglich die Dokumente sprechen zu lassen, die sie nur mit den notwendigsten Bemerkungen versehen haben, um die Zusammenhänge zu erklären, ohne irgendeine sachliche Kritik damit zu verbinden. In diesen Aftenveröffentlichungen entleert man ein überaus anschauliches Bild über die erste Zeit nach dem Kriege, das zu vergleichen mit der heutigen Zeit geradezu herausfordert. Bekannt ist es ja, daß damals noch nicht 25 Jahre seit Eintritt der Waffentruhe die letzten deutschen Truppen den französischen Boden verlassen, während heute, 45 Jahre nach dem Waffenstillstand, nicht nur keine teilweise Räumung des besetzten Gebietes eingetreten, sondern widerrechtlich die drei Ruhrhöfen besetzt sind und wir vor der drohenden Gefahr eines weiteren Einmarsches stehen. Ob aber nach einer endgültigen Räumung des Rheinlandes der feindliche Oberbefehlshaber ein ähnliches Dankschreiben erhalten kann, wie damals der deutsche, muß schon heute glatt verneint werden. Der Brief vom 4. September 1873 an den General von Manteuffel hat folgenden Wortlaut:

„Der Oberbefehlshaber! In dem Augenblick, wo die deutschen Truppen den französischen Boden verlassen, glaube ich ihrem Oberbefehlshaber die Wünsche zum Ausdruck bringen zu müssen, die ich wegen der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit empfinde, die er in der ihm anvertrauten schwierigen Mission bewiesen hat. Ich bitte die Berücksichtigung meiner vollkommenen Hochachtung zu genehmigen.“

Der Präsident der französischen Republik, Marshall von Mac Mahon, Herr von Magenta, zu welcher entgegenkommenden Weise die Befehlshaber behörden auf Anordnung der Regierung ihres Amtes walteten, darüber gibt eine Reihe von Dokumenten Aufschluß. Hier sei nur eine Instruktion Bismarcks an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Thile, vom 1. Juni 1872 herausgegeben, die das Verhalten darlegt, den französischen Wünschen nach Abfertigung der Befehlshaber nach Möglichkeit nachzugeben. Es heißt in dieser Instruktion:

„Das Prinzip der Vorschläge, Ruffelweise Zahlung, Ruffelweise Räumung, ist von Seiner Majestät bereits gutgeheißen. Die Proposition von Thiers, je zwei Departements für je eine Militärlage zu räumen, scheint mir angemessen gewiß und ist günstiger als die Vorschläge, welche ich früher angedeutet habe. Die bis zuletzt behaltene Departements werden Toul, Verdun, Nancy, Metz, Straßburg einschließen, also in dem heutigen Reuthe-Mittel und Weste bestehen, auch Velfort jedenfalls zu der ganz nötigen in räumenden Portion gehören müssen. Von den übrigen Abteilungen ist meines Wissens nur Metz, das von einiger Bedeutung, und es fragt sich, ob Seine Majestät dasselbe bei der zweiten Räumung ansetzen will; ich würde es befürworten.“

Das Ziel der Bismarckschen Nachkriegspolitik war ein zwindeh leidliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, wie aus einem Schreiben an den deutschen Vertreter in Paris, Grafen Arnim, vom 12. Mai 1872 hervorgeht:

„Inwiefern diese Aufgabe bleibt natürlich immer, die letzte Regierung zu haben, solange dieselbe für uns die Repräsentantin des Willens ist, den Frieden loyal auszuführen. Was nach ihr kommt, wird sich in dieser selben Richtung von neuem uns gegenüber legitimieren müssen.“ Sollte eine andere, der verschiedenen Parteien, welche um die Herrschaft streiten, obliegen, so ist Bismarck allerdings mit Arnim der Meinung, daß das bonapartistische Kaiserium wahrscheinlich diejenige ist, von welcher man noch am ehesten ein leidliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich hoffen läßt.“

Graf Arnim aber versucht, die Bismarcksche Politik der Nichtbefämpfung der republikanischen Regierung Thiers zu durchkreuzen und so nehmen die Dokumente, die sich auf diesen Anweisung beziehen, einen breiten Raum in dem Buch ein. Interessant ist hierbei ein Schreiben des Kanzlers vom 20. Dezember 1872, in dem er die Meinung des Vorkanzlers, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Frankreichs einzumischen, um die republikanische Regierung zum Sturz bringen zu helfen, ablehnt. In diesem Briefe heißt es:

„Ich bin überzeugt, daß kein Franzose jemals auf den Gedanken kommen würde, uns wieder zu den Wohlthaten einer Monarchie zu verhelfen, wenn Gott über uns das Glend einer republikanischen Auarde verhängt hätte. Die Bestimmung derartiger wohlwollender Teilnahme für die Weltliche feindliche Nachbarländer ist eine wesentlich deutsche Einseitigkeit.“

Annahme des Reichshaushalts im Reichstag

Berlin, 27. Mai. In der fortgesetzten Beratung des Haushaltsjahres über die Verwendung von Warte geldempfängern im Reichstage sprach sich Abg. Schmidt (Dsch. Nat.) dafür aus, daß auf alle Fälle der Beamtenchaft ihre wohlverordneten Rechte gewahrt werden. Da dieser Entwurf diese wohlverordneten Rechte der Beamten antat, lehnen ihn seine